

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Art. 20 Abs. 1 GG

Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Art. 14 Abs. 2 GG

**Taler. Taler, du musst wandern
von der einen Hand zur andern**

....

....

**heute hier, morgen da,
schließlich in Amerika.**

Lied meiner Kindertage

Unter den unzähligen Übeln, welche den Zerfall ganzer Staaten herbeiführen, sind wohl vier als die vornehmlichsten anzusehen: innere Zwietracht, große Sterblichkeit, Unfruchtbarkeit des Bodens und die Verschlechterung der Münze. Die ersten drei liegen so klar zutage, dass sie schwerlich irgendjemand in Abrede stellen wird. Das vierte Übel jedoch, welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet, und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheim fallen.

Nikolaus Kopernikus, Memorandum über das Geld

Per Saldo – oder was unter dem Strich herauskommt.

Eine Betrachtung zu Abgaben und Ausgaben in Deutschland.

Schaut man in das vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung jährlich aktualisierte **Statistische Taschenbuch** (bis 2004), so bekommt man den Eindruck, der Staat bekäme 22% (Steuerquote), das Soziale 34% (Sozialbudget), die Investoren 35% (Kapitalertrag) und die Wert schöpfende Arbeit 52% von der „Summe aller Einkommen aus Arbeit und Vermögen“, so die Definition des Brutto-Inland-Produktes (BIP). Das aber kann nicht sein – der Kuchen ist nur zu 100% aufteilbar, die angegebenen Anteile addieren sich aber im Jahr 2004 zu 143% BIP.

Glaubt man den offiziellen Verlautbarungen, so wächst die Wirtschaft (gemessen in BIP), der Staat aber sei zu teuer, die Sozialabgaben seien zu hoch, die Löhne müssten runter – und schließlich: Deutschland brauche mehr Investoren.

Wie kommt Ordnung in diese Widersprüche?

Nach dem Modell einer **Einnahme-Überschuss-Rechnung für ganz Deutschland** sind vom Arbeitsertrag = 100% BIP abzuziehen a) Steuern für staatliche Arbeit, b) Sozialabgaben zur Versorgung sozial Berechtigter, c) Kapitaldienst für Eigentümer. Danach ermittelt sich per Saldo der Netto-Anteil am BIP für die Wert schöpfende Arbeit. Diese Rechnung gelingt nur, wenn die unter a) bis c) genannten Brutto-Quoten (jeweils in % BIP des Jahrgangs) als Abgaben untereinander saldiert werden, d. h. wenn sie befreit werden von Schnittmengen. In der Sprache der Betriebswirtschaft bedeutet dies die Beseitigung von Doppel-Buchungen. So entstehen **Netto-Quoten** der Allokation.

Der Staat bekommt Steuereinnahmen, hat aber als „Durchlaufposten“ Sozialabgaben und Kapitaldienst zu verbuchen. Es bleibt per Saldo eine **Netto-Steuerquote**. Nur dafür kann „Vater Staat“ in unserer Marktwirtschaft „einkaufen gehen“. Tab.1 zeigt die Berechnung seit 1960. Der staatliche Netto-Anteil sinkt von 11% BIP (1960) auf 2,2% BIP (2004), nur soviel staatliche Arbeit wird anteilig noch „abgegeben“. Sollen Menschen, die für den Staat arbeiten, mehr leisten, ist Lohnkürzung, Kreditaufnahme und/oder Verkauf von Staats-Eigentum erforderlich.

Jahr	Lohn	Eink.	Verbr.	Brutto- Steuer	Kapital- dienst	Sozial- pflicht	Netto- Steuer	BIP 100% Mrd. €uro
1960				23,0	1,0	11,0	11,0	151
1970	5,5	4,1	13,9	23,5	2,5	10,7	10,3	358
1980	7,7	3,6	13,3	24,5	4,2	11,6	8,7	766
1990	7,2	2,8	12,2	22,1	4,7	10,2	7,2	1.275
2000	8,7	2,3	13,6	24,6	6,3	12,2	6,1	2.030
2004	7,5	1,5	12,8	21,8	6,1	13,5	2,2	2.207

Tab. 1: Einnahme-Überschuss-Rechnung des Staates nach Abzug von Kapitaldienst und Sozialpflicht (in % BIP). Per Saldo ergibt sich die Netto-Steuer-Quote, anteilig seit 45 Jahren sinkend.

(Die Zins-Steuer-Quote wird Kundigen der Wirtschafts-Statistiken als zu hoch erscheinen. Hier wurden nach Abzug des ausgewiesenen Kapitaldienstes und der Sozialpflicht aus dem verbleibenden Netto-Anteil die in den Preisen und Löhnen vorhandenen Rendite-Anteile zusätzlich subtrahiert. Die in den Preisen enthaltene Steuer fällt an das Finanzamt ergebnisneutral zurück.)

Das Sozialbudget hat Einnahmen aus der Arbeitswelt und vom Staat. Verbrauchssteuern und Rendite-Anteile in Endverbraucher-Preisen sind Abgaben. Sie werden den Berechtigten aus den Sozialkassen ersetzt. Per Saldo verbleibt ein Netto-Sozialbudget als Allokations-Quote für Arbeit zur Versorgung sozial Berechtigter, fallend von 19,1% BIP (1980) auf 15,2% BIP (2004).

Jahr	von Arbeit -		vom Staat	Brutto	Steuern	Rendite	Anteil	Netto	100 %
	geber	nehm.							
1960	7,7	4,3	11,0	23,0	3,0	3,0	12 %	17,0	151
1970	9,2	5,2	10,7	25,1	3,5	4,0	16 %	17,6	352
1980	12,0	7,0	11,6	30,6	3,9	7,6	25 %	19,1	766
1990	11,3	7,3	9,2	27,8	3,4	7,8	28 %	16,6	1.275
2000	11,3	8,3	12,2	31,8	4,4	11,4	36 %	16,0	2.030
2004	11,5	9,0	13,5	34,0	4,5	14,3	42 %	15,2	2.207

Tab. 2: Einnahme-Überschuss-Rechnung des Sozialbudgets in % BIP. Einnahmen kommen von Arbeitnehmern und –gebern sowie über den Staat. Indirekte Steuern und Kapital-Ertrags-Anteile in den Preisen sind Abgaben. Es bleibt per Saldo das Netto-Sozial-Budget als Kaufkraft. (Bemerkenswert ist, dass der staatliche Zuschuss zunehmend vom Rendite-Anteil in den Preisen aufgebraucht wird, schließlich noch nicht einmal reicht, um ihn zu kompensieren.)

Kapitalertrag realisiert sich über Rendite-Anteile in den Wertschöpfungsketten, kumuliert schließlich in allen Endverbraucher-Preisen. („Ohne Kunde keine Dividende.“ – nach Peter Hartz). Brutto-Renditen abzüglich Steuern ergeben Nettoerträge. Mit diesen können Kapitaleigner „einkaufen“, teils für neues Kapital (Investition), teils als Konsum. Den Verlauf dieses Saldos seit 1960 zeigt Tab. 3, ansteigend von 1,8% BIP (1960) auf 29,5% BIP (2004). Sozialabgaben werden nicht erhoben, dafür aber Rendite aus dem Sozialbudget „erwirtschaftet“.

Jahr	vom Staat	vom Sozialen	von Arbeit	Brutto	an Staat	Netto	BIP 100%
1960	1,0	3,0	4,6	8,6	6,8	1,8	151
1970	2,5	4,0	5,0	11,5	6,4	5,1	353
1980	4,2	6,7	8,1	19,0	7,0	12,0	766
1990	4,7	7,8	9,1	21,6	6,2	15,4	1.275
2000	6,3	11,4	9,0	26,7	6,9	19,8	2.030
2004	6,2	14,6	12,1	34,7	5,3	29,5	2.207

Tab. 3: Einnahme-Überschuss-Rechnung für Kapitalertrag (in % BIP), aufgeteilt nach Einnahme-Arten von Staat, über Sozialbudget und aus der Arbeitswelt, saldiert gegen Steuerpflicht. Sozialabgaben fallen nicht an..(Die Netto-Quote gilt für Investition und Konsum).

Die Ertrags-Quote für die Arbeitswelt (ohne Staat) am BIP errechnet sich per Saldo nach Addition der von Schnittmengen befreiten Netto-Allokations-Quoten (Tab. 1–3, Abb. 1). Diese **Summe aller Abgaben wird** von 100% BIP abgezogen (Tab. 4). Die so errechnete Arbeits-Quote sinkt von 70,2% BIP (1960) auf 53,1% BIP (2004). Je fleißiger und rationeller die Arbeit ist, desto weniger bekommt sie, der Staat und die Sozialordnung anteilig vom Ertrag ab.

Jahr	Steuer-Quote	Sozial-Budget	„Sozial-staats-quote“	Kapital-ertrags-quote	Arbeits-quote	Arbeit + Staat	Soz.-B. + Kap.-E.	BIP 100% Mrd. €uro
1960	11,0	17,0	28,0	1,8	70,2	81,2	18,8	151
1970	10,3	17,6	27,9	5,1	67,0	77,3	22,7	352
1980	8,7	19,1	28,7	12,0	60,2	68,9	31,1	766
1990	7,2	16,6	23,8	15,4	60,8	68,0	32,0	1.275
2000	6,1	16,0	22,1	19,8	58,1	64,2	35,8	2.030
2004	2,2	15,2	17,4	29,5	53,1	55,3	44,7	2.207

Tab. 4: Saldierte Netto-Allokations-Quoten aus Tab. 1 – 3 in % BIP, aufgeteilt auf Steuern, Sozialbudget, Kapitalertrag und Arbeits“lohn“. Die Netto-Staats-Quote (Steuer + Sozialbudget) sinkt, Arbeit bekommt anteilig immer weniger. Kapitalertrag explodiert. Leistungsloses Einkommen (Soz.-B.+Kap.-E.) steigt stetig, obwohl das Netto-Sozial-Budget anteilig fällt.

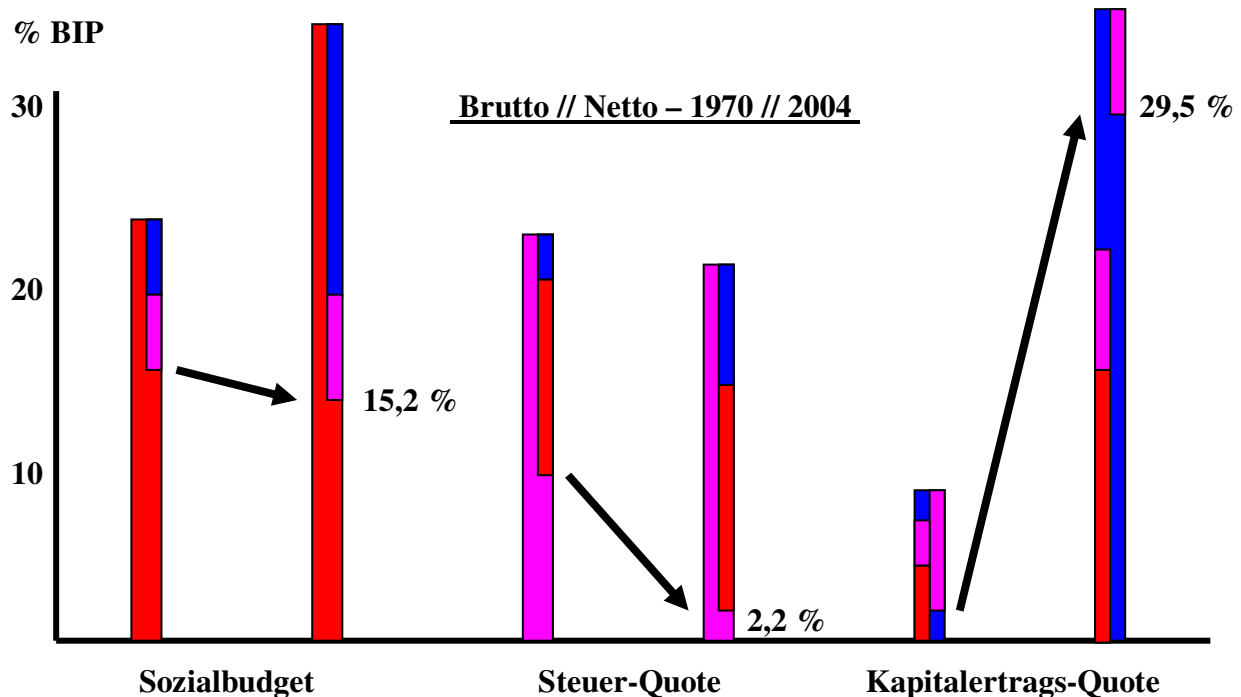


Abb 1: Darstellung des Saldos Brutto/Netto für die drei Allokations-Quoten in 1970 / 2004. Das **Sozialbudget**, bereinigt von **Kapitaldienst** und **Steuerpflicht**, sinkt seit 35 Jahren ab. Die **Steuerquote**, bereinigt von **Kapitaldienst** und **Sozialpflicht**, strebt gegen Null! **Kapitalertrag** bekommt in 2004 aus **Sozialbudget** und **Steuern** 60% seiner Brutto-Quote, das sind 20,8% BIP oder 460 Mrd. €uro. (Quelle: BMfA, Bundesbank, eigene Berechnungen)

Damit hat Deutschland eine **Einnahme-Überschuss-Rechnung** mit Angaben zur Verteilung der Gesamt-Arbeit pro Jahr (BIP) für staatliche Aufgaben, soziale Versorgung und nichtstaatliche Arbeit als Anteil für jene Menschen, die in dieser Region leben (müssen), sowie Arbeit für (globalisierte) Eigentümer weltweit. **Brutto-Quoten** der Steuer, Sozialleistungen, Kapitaleinkünfte sowie Lohnsummen bilden die Verteilung der wirtschaftlichen Gesamtleistung nicht ab. Erst saldierte **Netto-Quoten** zeigen die tatsächliche Allokation über das Welt-Geldsystem.

Aus dieser Saldierung ergeben sich gegenüber wirtschaftspolitischen Alltagsmeinungen folgende Einsichten:

1. **der Staat** hat über Steuermittel neben seinen „Durchlauf-Posten“ Sozialpflicht und Kapitaldienst heute ca. 3% BIP Anrecht auf die Gesamt-Arbeit. Diese Arbeitsmenge reicht nicht (mehr), so sind Gebührenerhöhungen, neue Kreditaufnahme (3% = 66 Mrd. €) oder Verkauf von Eigentum im wahrsten Sinne „not-wendig“. Der Staat fällt sonst aus. Ohne Netto-Einnahme droht Insolvenz. Daher muss jetzt das Sozial-Budget sinken, um den Saldo zu halten, denn dem Anstieg der Kapital-Ertrags-Quote ist das **Gemeinwesen** in der heutigen Welt-Finanz-Organisation **hilflos ausgeliefert**.
2. **das Netto-Sozialbudget** überstieg zu keiner Zeit 20% BIP, liegt heute bei 15% BIP. Alle weiteren Geldflüsse (und damit Arbeitsansprüche an das BIP!) sind „Durchlauf-Posten“ an Kapital und Staat. Der Kapitalertrags-Anteil am **Brutto-Sozial-Budget** übersteigt seit Jahren den **staatlichen Zuschuss**, der so per Saldo ausfällt. Im Gegenteil: Abgaben aus dem „Sozial-Brutto“ der Arbeitswelt enthalten zunehmend Anteile für Kapitaleigner, im Jahr 2004 kalkuliert auf ca. 100 Mrd. €uro (Tab. 5).

Jahr	Sozial- abgaben AN / AG	vom Staat	an Staat	netto vom Staat	an Kapital	Saldo		Sozial Netto	BIP 100% Mrd. €uro
						+	-		
1960	12,0	11,0	3,0	8,0	3,0	+5,0		17,0	151
1970	14,4	10,7	3,5	7,2	4,0	+3,2		17,6	352
1980	19,0	11,6	3,9	7,7	7,6	+0,1		19,1	766
1990	18,6	9,2	3,4	5,8	7,8		-2,0	16,6	1.275
2000	19,6	12,2	4,4	7,8	11,4		-3,6	16,0	2.030
2004	20,5	13,5	4,5	9,0	14,3		-5,3	15,2	2.207

Tab. 5: Die Sozialabgaben aus der Arbeitswelt (AN/AG) bekommen einen staatlichen Zuschuss über Steuermittel (vom Staat). Abzüglich Verbrauchssteuern (an Staat) bleibt ein Netto-Zuschuss (Netto vom Staat). Über die Endverbraucher-Preise des Sozialbudgets werden Kapitalertrags-Anteile (an Kapital) abgegeben. Bis 1980 bleibt der Saldo positiv, ab dann überwiegt die Abgabe an Kapitaleigner. Das Netto-Sozialbudget ist in 2004 um ca. 150 Mrd. € geringer, als von AN/AG aufgebracht werden. Ein staatlicher Zuschuss existiert per Saldo seit 1980 nicht mehr. Das Brutto-Sozial-Budget (34,0% BIP) alimentierte in 2004 Staat (4,5% BIP) und Kapital (14,3% BIP) mit insgesamt ca. 410 Mrd. €uro Brutto, das sind ca. 54% Abgaben für jeden sozial Berechtigten (Rentner, Arbeitslose, Kranke, Wohngeldbezieher etc.)

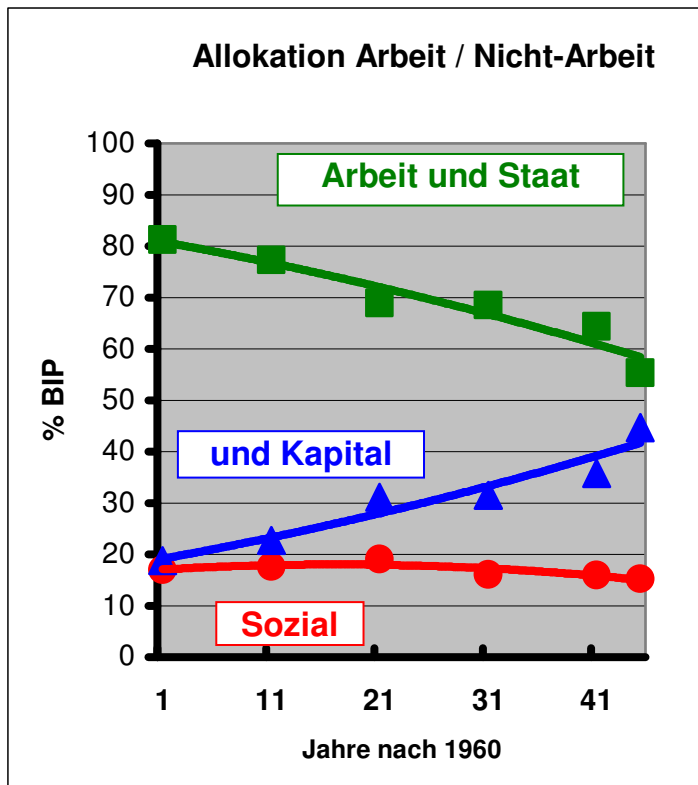


Abb. 2: Aufteilung der Netto-Allokation von Arbeit und Staat sowie „Soziales“ und Kapital. Arbeits-Einkommen sinkt von 80% BIP auf 55% BIP, leistungsloses Einkommen steigt von 20% BIP auf 45% an. Sozialbudget und Kapitalertrag teilen sich im Jahr 2004 das leistungslose Einkommen im Verhältnis 1 : 2, 1960 1 : 0,1

- Gläubiger und Investoren** bekommen heute von **Staat und Sozialordnung** ca. 60% ihrer Brutto-Einnahmen (Tab. 3, Abb. 1), der Rest kommt aus den Endverbraucher-Preisen der Arbeitswelt. Soziale Bedürftigkeit und staatliche Daseinsfürsorge erweisen sich zunehmend als Rendite-Quelle. (Privatisierung)
- Netto-Kapitalertrag** ist heute doppelt so hoch wie das Netto-Sozial-Budget (Tab 4) und 13 mal soviel wie die Abgaben an den Staat. Staatlicher Ausgleich wird so unmöglich!

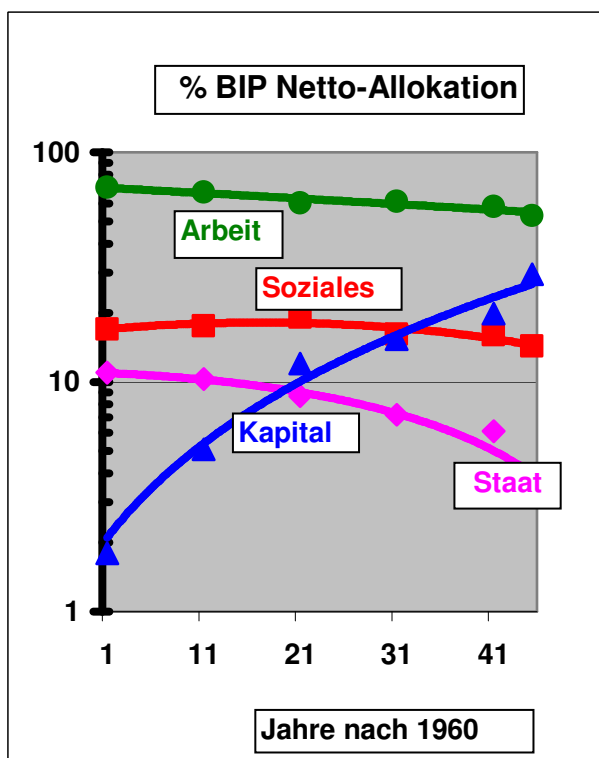


Abb. 3: Logarithmische Darstellung der Netto-Allokations-Quoten für Staat, Soziales, Arbeit und Kapital.

Der Staat bekommt immer weniger, zuletzt ca. 2 – 3 % BIP.

Nach Anstieg des Sozial-Budgets fällt es seit 1980 kontinuierlich ab auf heute ca. 15 % BIP.

Kapitalertrag entwickelt sich anteilig exponentiell, bei logarithmischer Darstellung liegt seine Entwicklung fast auf einer ansteigenden Gerade.

Die Arbeits-Quote nimmt kontinuierlich ab.

Arbeits- und Kapitalertrag treffen sich ca. 2015. Der Staat verdämmert. Die Summe der Sozial-Leistungen nimmt rapide ab, obwohl die Zahl der Bedürftigen steigt.

5. **90% aller Steuern** sind per Saldo heute **Kapitaldienst**, direkt über Staatsverschuldung, indirekt weitaus mehr als staatlicher Zuschuss zu den Kapitalertrags-Anteilen in Endverbraucher-Preisen von Staat und Sozial-Ordnung (Tab. 1 und 2).
6. **Der Kapitalertrags-Anteil im Brutto-Sozial-Budget** ist allein verantwortlich für die scheinbare „Kostenexplosion“ aller Solidarkassen (Krankenkassen, Renten- und Arbeitslosenversicherung). Hier führt der „demographische Faktor“ zu Armut und Arbeitslosigkeit aufgrund eines explodierenden „renditographischen Problems“. Mit den ca. **54% Abgaben aus allen Sozial-Leistungen** gehen heute andere einkaufen. Dies ist per definitionem das Wesen einer Abgabe. Der leistungslose Ertrag für Investoren allein aus dem heutigen Sozialbudget (kalkuliert ca. 315 Mrd. € Brutto) übersteigt bei weitem alle Aufwendungen der Beschäftigungs- und Familienpolitik der Bundesrepublik (9,5 % BIP = 210 Mrd. € Brutto). Netto-Kapital-Ertrag als Einnahmequelle für Konsum ist in Deutschland nicht sozialpflichtig.
7. **Das Netto-Sozial-Budget** ist in den letzten 35 Jahren anteilig gesunken, obwohl sich die Zahl der Berechtigten verdoppelt hat (demographischer Faktor, Arbeitslosigkeit, Niedriglohn-Sektor). Dem entspricht ein Absinken der Sozialstandards in der BRD, denn nur mit Netto-Einnahmen können die sozial Berechtigten „auf dem Markt nachfragen“. **Dementsprechend hat soziale Versorgung keine adäquate Bezahlung.** Dies gilt für jedes Kollektiv, sowohl bei der Nachfrage wie beim Angebot, bis hin zum einzelnen Bürger. Für „Durchlauf-Posten“ kann man sich nichts kaufen. **So verkommen Staat und Sozial-System.**
8. **Ganz Deutschland** verteilte sein BIP im Jahr 2004 wie folgt: **3%** für staatliche Arbeit, **15%** für Soziale Versorgung, **29%** für Rendite und **53%** für alle übrige Arbeit. Mehr gab es nicht zu verteilen, wer mehr ausgeben wollte, musste Geld (Arbeit) leihen oder Eigentum verkaufen. Wer noch mehr Rendite will, muss den Staat abschaffen, Sozial-Leistungen kürzen und Löhne drücken. Für wen arbeitet Deutschland eigentlich?
9. **Netto-Einnahmen sind das Recht auf Leistung** eines jeden an alle globalen Volkswirtschaften. Das Karussell der Abgaben in jeder Zahlung befördert die Weitergabe dieser Rechte an andere. Staat, Sozialordnung und arbeitende Bevölkerung verlieren dadurch – werden diese Rechte los, also rechtlos, und dies trotz wachsender Wirtschaft. Kapitalertrag wächst heute schneller als das BIP, ist aber ein Teil von ihm. Nicht **das Recht auf Eigentum** wird hier zum Problem, sondern das **Recht des Eigentums** als Anspruch auf große Teile der Arbeitsleistung einer ganzen Volkswirtschaft. Ein Feudalsystem der besonderen Art. Musste früher „der Zehnte“ abgegeben werden, refinanziert sich Reichtum heute mit ca. 30% BIP.
10. **Das alleinige Aufaddieren von Summen** in Relation zur Gesamtleistung verkennt die Regel, dass man einen Euro zwar viele Male abgeben, aber nur einmal (!) in der Marktwirtschaft gegen Arbeit ausgeben kann. So wurden 1970 ca. 60% BIP als Abgaben verbucht, in 2004 waren es schon 105% BIP (!) Ausgegeben oder verliehen wird der Euro nur von Menschen, die ihn **zuletzt** als Netto-Einnahme verbuchten, insgesamt 100% BIP (!).
11. **Der Kostendruck auf die deutsche Wirtschaft** kommt nicht vom Staat (3%!) oder vom Sozialbudget (15%!), sondern entsteht durch maximierten Rendite-Anspruch in den (globalisierten) Wertschöpfungs-Ketten, der in Konsumpreisen als Abgabe (29%!) kumuliert. Nicht „Steuern und Sozialabgaben sind zu hoch“, sondern der steigende Tribut ans Kapital.
12. **Unrentable Arbeit**, auch wenn sie dringend nötig ist, wird eingestellt oder anderenorts mit mehr Rendite durchgeführt. Arbeit, die nicht verlagert werden kann, muss aus Gründen der Vorrechte des Kapitals immer billiger werden oder ausfallen. Die Allokationsfunktion des Geldwesens schwindet. Stattdessen entsteht globalisierte Ausbeutung in allen Volkswirtschaften der Erde. Wir konkurrieren nicht um Löhne, sondern um weltbeste Renditen.

13. „**Soziale Bedürftigkeit** ist ein nicht vom Markt zu nehmender Nachfrage-Gigant, was jeden Investor hellhörig werden lassen sollte“, so frohlockte unlängst der Volkswirt einer deutschen Bank. Hier stellt sich die Frage nach der Funktion des „freien Marktes“. Nur der Tod braucht nichts mehr.
14. **Die Arbeitswelt** allein schafft die Allokation der sozialen Sicherung und des Staates, darüber hinaus erwirtschaftet sie einen Rendite-Anspruch von ca. 8.000 € je Einwohner. Eine vierköpfige Familie hat so eine „Zinslast“ von 32.000 € über Steuern, Sozialabgaben und Endverbraucher-Preise zu zahlen. Da müssen zwei arbeiten, und es wird trotzdem weniger.
15. Geld, das weiß man heute, ist nichts weiter als ein Recht auf der Grundlage eines Gesellschafts-Vertrages. **Die Rechts-Ordnung ist hier gefragt**, inwieweit eine derartige Verteilung von Arbeits-Ansprüchen zu einer angeblich modernen demokratischen Welt passt. Die Antwort auf diese brennende Frage muss aus der Politik kommen, sonst kommt diese Frage zur Politik, und dann brennt die Sozialordnung. Der „ordentliche Kaufmann“ kann lediglich den Verlauf der jährlichen Einnahme-Überschuss-Rechnung für sein Land präsentieren. Sie findet sich nur verdeckt in den Wirtschafts-Statistiken. Prozentrechnung und Mengenlehre als Funktion des Taschenrechners verweisen viele wirtschaftspolitische Meinungen in den Bereich des Lobbyismus. Geben wir diesen endlich auf und schauen gemeinsam die globalisierte Realität unseres Wirtschaftens an. Es könnte nicht nur diesem Land, sondern der ganzen Erde gut tun.

Langenhagen, den 31. März 2007

Dr. Dieter Petschow

Christen für gerechte Wirtschaftsordnung dr.pet.prax@t-online.de

Quellen:

Statistisches Taschenbuch, BMfA, - als CD erhältlich – bis 2004

Monatsbericht 05/2003 BMfFi, Quoten als wichtige gesamtwirtschaftliche Größe

www.bundesbank.de, Zeitreihen

www.geldreform.net

www.inwo.de